

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 11. Mai 1962

Nummer 19

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Schichtung der privaten Haushaltseinkommen in der Bundesrepublik

Nachdem das DIW im Rahmen seiner Einkommensuntersuchungen 1957 erstmals eine Schichtung der persönlichen Einkommen für die Bundesrepublik veröffentlicht hatte, werden jetzt in Fortsetzung dieses Aufgabenprogramms die entsprechenden Ergebnisse für die Einkommen der privaten Haushalte vorgelegt. In zwei einleitenden Aufsätzen ist bereits an dieser Stelle über die Zusammenhänge zwischen der unterschiedlichen Struktur der privaten Haushalte — insbesondere der Zahl der Haushaltsangehörigen — sowie der Verteilung der ihnen zufließenden Nettoeinkommen berichtet worden¹⁾.

Die vorliegenden Ergebnisse basieren weitgehend auf einer im Rahmen der Zusatzhebung zur Wohnungszählung im April 1957 vorgenommenen Einkommensbefragung. Bei dieser breit angelegten Erhebung wurden Angaben von 140 000 Haushalten aus der gesamten Bundesrepublik zusammengefaßt. Damit stand erstmals ein Ausgangsmaterial zur Verfügung, dessen Erkenntniswert, gemessen an den früher verfügbaren Unterlagen, nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die von dort übernommenen Ausgangsdaten sind — nach Einbeziehung anderer amtlicher statistischer Quellen — durch weitere Schätzungen vervollständigt und durch entsprechende Anpassungen zeitlich fortgeschrieben worden. Außerdem wurden die endgültigen Ergebnisse mit den Einkommensgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgestimmt.

Der vorliegende Bericht über die Schichtung der Haushaltseinkommen für die Jahre 1955 und 1959 gibt eine zusammengefaßte Übersicht über alle Haushalte, die dann auch nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes aufgliedert worden sind. Andere Merkmale wie Größe der Haushalte und Zahl der Einkommensbezieher werden in Kürze in einem weiteren Aufsatz an dieser Stelle kommentiert werden.

Gesamtübersicht

Eine konsolidierte Darstellung ergibt natürlich nur die „Durchschnittsschichtung“ für alle Haushalte. Bessere Vergleichsmöglichkeiten ergeben sich, wenn die Haushalte in homogene Gruppen unterteilt werden.

Den 16,4 Mill. privaten Haushalten in der Bundesrepublik flossen 1955 Nettoeinkommen in Höhe von 111 Mrd. DM zu (63,4 Mrd. DM Nettoeinkommen und -gehälter, 22,7 Mrd. DM Sozialeinkommen und 24,9 Mrd. DM verteilte Gewinne). Die Gesamtschichtung zeigt zwar eine breite Streuung über alle Einkommensklassen hinweg, läßt jedoch auch eine „Massierung“ der Haushalte in den mittleren Bereichen klar erkennen. So haben 1955 fast 2,4 Mill. Haushalte Einnahmen zwischen 300 und 400 DM monatlich erhalten, und auch die sich nach oben und unten anschließenden beiden Einkommensklassen waren jeweils mit mehr als 2 Mill. Haushalten besetzt. 41 vH aller Haushalte hatten also damals Monateinkommen — im häufigsten Bereich — zwischen 200 und 500 DM; diesen Haushalten flossen 26 vH aller Gesamteinkünfte zu. Von 300 DM an wurde die Besetzung der einzelnen Klassen aber bereits ziemlich spärlich. So hat 1955 zwar mehr als die Hälfte aller Haushalte in der Bundesrepublik monatliche Einkommen unter 500 DM empfangen, ein Drittel hatte jedoch Einkommen zwischen 500 und 1000 DM; mehr als 1000 DM bezog aber nur ein Zehntel der Haushalte.

Die Relationen verändern sich beträchtlich, wenn man den jeweiligen Anteil der Haushalte am Gesamteinkommen zur Bezugsgröße macht: Es entfielen dann fast drei Zehntel der Einkommen auf den Bereich unter 500 DM, zwei Fünftel auf die Klassen von 500 bis 1000 DM, drei Zehntel auf die höheren Einkommensbereiche.

Die starke Zunahme der privaten Nettoeinkommen bis 1959 — um nahezu die Hälfte gegenüber 1955 — veränderte die Struktur der Einkommenschichtung bei zunehmender Streuung

Entwicklung der Durchschnittseinkommen
 in DM

Stellung des Haushaltsvorstandes	Durchschnittseinkommen je					
	Haushalt		Eink.- Bezieher		Haushalts- angehörigen	
	1955	1959	1955	1959	1955	1959
Selbständiger	10 780	15 300	6 645	9 325	2 755	3 910
Angestellter/Beamter	8 010	10 530	5 110	6 465	2 665	3 470
Arbeiter	6 255	8 305	3 630	4 735	1 935	2 555
Rentner	4 075	5 875	2 635	3 750	1 885	2 715
Haushalte, insgesamt	6 780	9 230	4 170	5 575	2 255	3 070

¹⁾ Vgl. Wochenberichte des DIW Nr. 5 und 17, 1960.

Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte nach der Stellung des Haushaltsvorstandes
in der Bundesrepublik 1)
Schätzung des DIW

Monatliches Haushalts- einkommen in DM	Haushalte, gesamt		Stellung des Haushaltsvorstandes												
			Selbständiger			Angestellter/Beamter ²⁾			Arbeiter ³⁾			Rentner			
	Zahl	Jahres- ein- kommen	Zahl	Jahres- ein- kommen	Zahl	Jahres- ein- kommen	Zahl	Jahres- ein- kommen	Zahl	Jahres- ein- kommen	Zahl	Jahres- ein- kommen			
1000	vH	Mill.DM	1000	vH	Mill.DM	1000	vH	Mill.DM	1000	vH	Mill.DM	1000	vH	Mill.DM	
1955															
unter 100	574	3,5	597	8	0,3	9	7	0,2	7	29	0,5	32	530	11,5	549
100 — 200	1 828	11,2	3 460	37	1,3	74	108	3,3	216	377	6,7	752	1 306	28,5	2 418
200 — 300	2 103	12,8	6 431	118	4,2	373	283	8,6	885	843	14,9	2 595	859	18,7	2 580
300 — 400	2 357	14,4	10 010	245	8,7	1 060	502	15,2	2 145	1 116	19,8	4 742	494	10,8	2 063
400 — 500	2 249	13,7	12 170	335	11,8	1 831	555	16,8	3 008	949	16,8	5 118	410	8,9	2 213
500 — 600	1 870	11,4	12 298	359	12,7	2 384	477	14,4	3 145	696	12,3	4 556	338	7,4	2 213
600 — 700	1 391	8,5	10 803	322	11,4	2 517	356	10,8	2 773	492	8,7	3 811	221	4,8	1 702
700 — 800	965	5,9	8 641	261	9,2	2 353	243	7,8	2 185	329	5,8	2 930	132	2,9	1 173
800 — 900	696	4,2	7 071	203	7,2	2 069	170	5,1	1 731	234	4,2	2 372	89	1,9	899
900 — 1000	552	3,4	6 262	174	6,1	1 973	137	4,1	1 557	175	3,1	1 985	66	1,4	747
1000 — 1100	424	2,6	5 326	144	5,1	1 811	108	3,3	1 354	121	2,2	1 522	51	1,1	639
1100 — 1200	327	2,0	4 494	123	4,3	1 690	83	2,5	1 148	87	1,6	1 192	34	0,7	464
1200 — 1300	244	1,5	3 645	100	3,5	1 496	64	1,9	960	58	1,0	860	22	0,5	329
1300 — 1400	190	1,2	3 059	82	2,9	1 324	51	1,5	822	41	0,7	656	16	0,3	257
1400 — 1500	150	0,9	2 596	69	2,4	1 194	40	1,2	696	32	0,6	550	9	0,2	156
1500 — 1750	177	1,1	3 447	95	3,4	1 860	49	1,5	950	26	0,5	502	7	0,2	185
1750 — 2000	124	0,8	2 780	68	2,4	1 524	33	1,0	743	19	0,3	424	4	0,1	89
2000 und mehr	149	0,9	7 910	87	3,1	4 968	44	1,3	2 185	16	0,3	683	2	0,1	74
Insgesamt	16 370	100,0	111 000	2 830	100,0	30 510	3 310	100,0	26 510	5 640	100,0	35 280	4 590	100,0	18 700
1959															
unter 100	50	0,3	52	1	0,0	1	28	0,8	57	83	1,4	173	49	1,0	51
100 — 200	1 037	6,0	1 984	6	0,2	12	117	3,3	368	335	5,7	1 049	920	18,7	1 742
200 — 300	1 398	8,1	4 277	22	0,8	71	278	7,7	1 186	702	12,0	3 012	627	12,7	2 626
300 — 400	1 668	9,7	7 093	61	2,1	269	440	12,3	2 380	1 029	17,5	5 580	539	11,0	2 909
400 — 500	2 129	12,4	11 536	121	4,2	667	490	13,6	3 224	905	15,4	5 973	490	10,0	3 217
500 — 600	2 089	12,1	13 775	204	7,2	1 361	417	11,6	3 232	675	11,5	5 248	359	7,3	2 779
600 — 700	1 715	10,0	13 324	264	9,3	2 065	331	9,2	2 962	482	8,2	4 305	243	4,9	2 168
700 — 800	1 335	7,8	11 948	279	9,8	2 513	259	7,2	2 633	373	6,4	3 803	185	3,8	1 875
800 — 900	1 047	6,1	10 696	230	8,1	2 385	223	6,2	2 529	308	5,3	3 501	151	3,1	1 716
900 — 1000	900	5,2	10 229	218	7,6	2 483	191	5,3	2 390	247	4,2	3 070	118	2,4	1 484
1000 — 1100	759	4,4	9 502	203	7,1	2 558	164	4,6	2 249	197	3,4	2 710	85	1,7	1 165
1100 — 1200	634	3,7	8 702	188	6,6	2 578	136	3,8	2 029	143	2,4	2 161	60	1,2	899
1200 — 1300	507	2,9	7 574	168	5,9	2 413	111	3,1	1 788	113	1,9	1 820	46	0,9	741
1300 — 1400	420	2,4	6 762	133	4,7	2 298	88	2,5	1 574	90	1,5	1 553	36	0,7	627
1400 — 1500	347	2,0	6 052	121	4,2	2 065	112	3,1	2 166	76	1,3	1 472	40	0,8	775
1500 — 1750	426	2,5	8 209	198	6,9	3 796	87	2,4	1 948	57	1,0	1 276	28	0,6	626
1750 — 2000	334	1,9	7 480	162	5,7	3 630	118	3,3	5 085	50	0,9	1 994	20	0,4	711
2000 und mehr	430	2,5	19 805	242	8,5	12 015	118	3,3	5 085	50	0,9	1 994	20	0,4	711
Insgesamt	17 225	100,0	159 000	2 850	100,0	43 600	3 590	100,0	37 800	5 865	100,0	48 700	4 920	100,0	28 900

1) Ohne West-Berlin und Saarland. — 2) Einschl. Soldaten. — 3) Einschl. Lehrlinge, Praktikanten, Volontäre und Heimarbeiter.

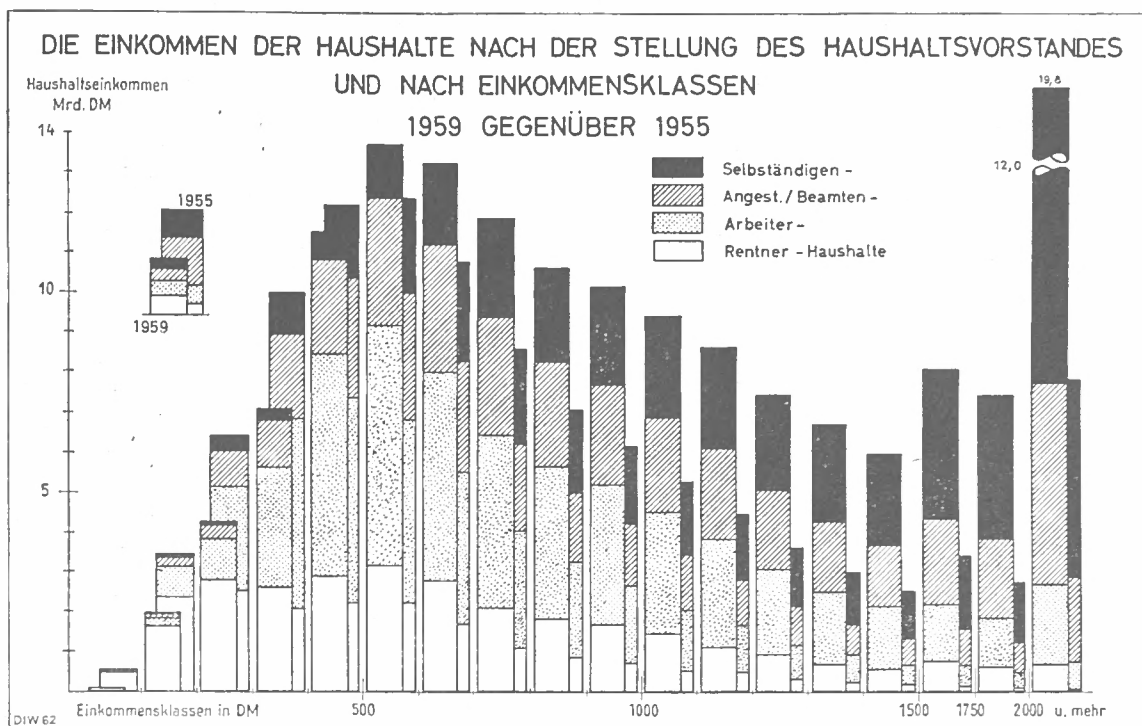
erheblich. So ging die Zahl der Haushalte, die weniger als 200 DM verdienten, um mehr als die Hälfte, die Zahl der Haushalte zwischen 400 und 500 DM nur um etwa 5 vH zurück. Andererseits nahm die Zahl der Haushalte mit Einkommen zwischen 1000 und 1100 DM etwa um 80 vH, die der mehr als 2000 DM verdienenden Haushalte sogar um das Doppelte zu. Ein besonderes Kennzeichen dieser Verlagerung war, daß in den unteren Bereichen der beschriebene Rückgang sich von Einkommensklasse zu Einkommensklasse allmählich abschwächte, in den höheren Bereichen dagegen die relative Zunahme immer stärker wurde. In der Zeit von 1955 bis 1959 erhöhte sich das durchschnittliche jährliche Haushaltseinkommen um rd. 2450 DM, das Einkommen je Haushaltsangehörigen um 815 DM.

Infolgedessen verdienten nunmehr 2,1 Mill. Haushalte im jetzt häufigsten Bereich zwischen 400 und 500 DM, und fast 6 Mill. Haushalte — etwas mehr als ein Drittel — konnten jeweils zwischen 400 und 700 DM für sich beanspruchen. Da die Gruppe der weniger als 500 DM verdienen-

den Haushalte ganz beträchtlich (von 56 vH auf 36 vH) zurückging, konnten alle höheren Einkommensgruppen ihren Anteil beträchtlich vergrößern. Mehr als zwei Fünftel aller Haushalte erzielten Einkommen zwischen 500 und 1000 DM, und mehr als ein Fünftel (1955: ein Zehntel) aller Haushalte erreichte im Jahre 1959 bereits ein Einkommen über 1000 DM. Dabei floß fast die Hälfte — 47 vH — des verfügbaren Einkommens 1959 den über 1000 DM verdienenden Haushalten zu. Die Aufwärtsverlagerung der einzelnen Einkommen ließ die Zahl der Haushalte im Einkommensbereich bis 450 DM um mehr als 2,8 Millionen zurückgehen und führte andererseits dazu, daß die Zahl der oberhalb dieser Einkommen einzuordnenden Haushalte um 3,7 Millionen zunahm.

Die einzelnen Haushaltsgruppen

Bereits eine Aufgliederung der Haushalte nach der beruflichen Stellung des Haushaltsvorstandes macht deutlich, daß gegenüber der Gesamtübersicht sich im Strukturbild der einzelnen Gruppen erhebliche Unterschiede ergeben. So weist die



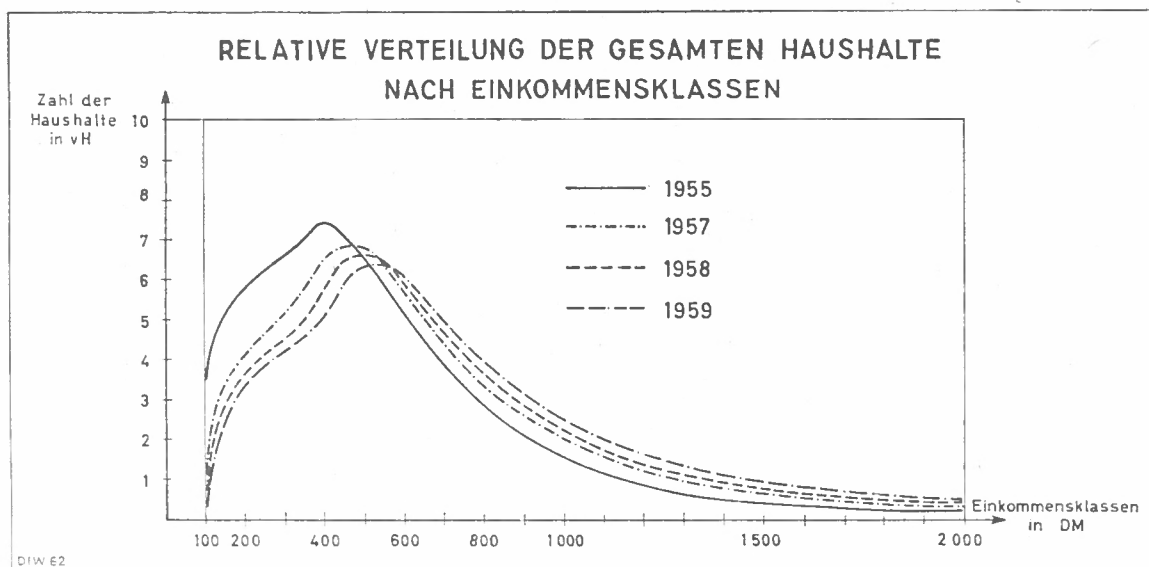
Schichtung der Einkommen der Selbständigen keinen so auffallenden Schwerpunktbereich auf, wie es bei den anderen Haushaltstypen der Fall ist, d. h. es ist keine starke Massierung der Haushalte in wenigen eng begrenzten Einkommensklassen festzustellen. Die Einkommensunterschiede sind im Vergleich zu anderen Haushalten außerordentlich stark ausgeprägt. Da die Tätigkeit der Selbständigen vielfältiger Natur ist — sie reicht vom kleinen Landwirt bis hin zum industriellen Unternehmer —, sind auch die Haushalte der Selbständigen außergewöhnlich breit über alle Einkommensklassen hinweg verteilt. In den unteren Einkommensbereichen ist der Anteil der Landwirte vorherrschend. Für diese Kategorie ist allerdings auch der Naturalverbrauch von Bedeutung, der aus berechnungstechnischen Gründen in der Regel unterbewertet wird.

Das Bild der Schichtung der 2,8 Mill. Selbständigen-Haushalte weist für das Jahr 1955 in den Klassen zwischen 400 und 700 DM mit einem Drittel dieser Haushalte die relativ stärkste Besetzung auf. Jedoch ist die abnehmende Häufigkeit bei steigendem Einkommen hier wesentlich schwächer als in den anderen sozialen Gruppen ausgeprägt. So haben 1955 mehr als ein Viertel der Selbständigen-Haushalte ein Einkommen von über 1000 DM erreicht, während im Durchschnitt aller Haushalte lediglich ein Zehntel diese Einkommensgrenze überschritten hat. Vergleicht man die Zahl der mehr als 1500 DM verdienenden Haushalte in den verschiedenen Gruppen, so wird der relative Abstand des Anteils der Selbständigen-Haushalte — nämlich 9 vH — zu den anderen Gruppen (Angestellte 3,8 vH, Arbeiter 1,1 vH, Rentner 0,3 vH) noch deutlicher. Hinsichtlich der Verteilung des Einkommens der Selbständigen-Haushalte ergibt sich, daß 1955 die Hälfte des Einkommens auf das oberste Viertel der Selbständigen-Haushalte entfiel.

Die Einkommensentwicklung hat von 1955 bis

1959 bei den Selbständigen zu einer besonders hohen Zunahme geführt. Da die Zahl der Haushalte hier nur ganz geringfügig zunahm, sind die Mehrbeträge — per Saldo — fast ausschließlich den bereits 1955 vorhandenen Haushalten zugute gekommen. Infolgedessen hat sich die Schichtung in dem untersuchten Zeitabschnitt ganz erheblich verändert. Etwas mehr als ein Viertel der Haushalte war in dem — nunmehr — häufigsten Bereich zwischen 600 und 900 DM zusammengefaßt, während der Anteil der insgesamt mehr als 1000 DM verdienenden Haushalte jetzt die Hälfte, der die 1500-DM-Grenze übersteigenden Haushalte allein mehr als ein Fünftel betrug. Von den Einkommen entfielen rund die Hälfte auf Haushalte, denen monatlich mehr als 1400 DM zufließen. Faßt man die absoluten Veränderungen in ihrer Entwicklung auf der Einkommensskala zusammen, so ist in den Klassen bis 700 DM das Einkommen um insgesamt 3,8 Mrd. DM zurückgegangen, in den darüber befindlichen Bereichen um fast 17 Mrd. DM gestiegen.

Im Gegensatz zur Schichtung der Selbständigen-Einkommen zeigt die Struktur der Arbeitnehmer-Einkommen das Bild einer relativ einheitlichen und hinsichtlich der Streuung der Einkommen enger begrenzten Gruppe. Immerhin weisen die Einkommen der Angestellten- und Beamten-Haushalte nicht nur ein höheres Niveau als das der Arbeiter-Haushalte auf, sondern sind — infolge der größeren Qualifikationsunterschiede in der beruflichen Stellung — stärker differenziert als die Haushalte der Lohnempfänger. Die Einkommensklassen von 300 bis 600 DM waren 1955 mit fast der Hälfte der 3,3 Mill. Angestellten-Haushalte besetzt. Jeweils rund zwei Fünftel aller Haushalte entfielen auf die Hauptbereiche bis 500 DM und zwischen 500 und 1000 D-Mark. Etwa von 700 DM aufwärts ging der Anteil der überdurchschnittlich verdienenden Haushalte beträchtlich zurück: ein Zehntel zwi-



schen 1000 und 1500 DM und 2,5 bzw. 1,3 vH für die beiden höchstverdienenden Gruppen zwischen 1500 und 2000 und mehr als 2000 DM.

Die Entwicklung der Angestellten-Haushalte ist in den untersuchten Jahren durch eine besonders hohe Zunahme der Zahl der Angestellten bestimmt, andererseits ist jedoch die durchschnittliche Einkommensverbesserung erheblich schwächer als bei den Selbständigen und Rentnern gewesen. Immerhin verlagerte sich der Bereich der drei am häufigsten besetzten Klassen — mit einem Anteil von 38 vH — auf 400 bis 700 DM; der Anteil der Haushalte mit Einkommen über 1000 DM erhöhte sich sogar um das Doppelte auf 28 vH.

Abgesehen von der geringeren durchschnittlichen Einkommenshöhe ist die Streuung der Einkommen der Arbeiter-Haushalte gegenüber den beiden genannten Gruppen schwächer; dabei ist jedoch, wie bereits betont, nicht außer acht zu lassen, daß die Einkommensschichtung nicht nur vom Einkommen des Haushaltsvorstands abhängig ist, sondern darüber hinaus von den unterschiedlichen Kombinationen der Strukturmerkmale und von der Kumulation der Einkommen bestimmt wird. Mit Schwerpunkt um etwa 400 D-Mark hat 1955 mehr als die Hälfte der Arbeiter-Haushalte ein monatliches Einkommen bis 500 DM gehabt; dagegen hatten nur 7 vH von insgesamt mehr als 5,6 Mill. Haushalten ein Einkommen über 1000 DM.

Entsprechend dem Wandel von den Arbeiter- zu den Angestelltenberufen war die Zunahme der Zahl der Arbeiter-Haushalte von 1955 bis 1959 geringer als die der anderen Haushaltgruppen. Dabei war die durchschnittliche Einkommenssteigerung der Arbeiter-Haushalte von jährlich 6255 auf 8305 DM zwar stärker als bei den Angestellten-Haushalten, jedoch erheblich geringer als die Expansion der Selbständigen- und Rentner-Einkommen. So verlagerte sich der häufigste Bereich auf 400 bis 500 DM; der Anteil der insgesamt bis 500 DM verdienenden Haushalte ging auf rund ein Drittel zurück, während im Bereich zwischen 500 und 1000 DM nunmehr fast die Hälfte aller Arbeiter-Haushalte erfaßt wurde und schließlich jeder sechste Haushalt mehr als 1000

D-Mark vereinnahmte. Die Veränderungen ergaben, daß im Bereich bis 400 DM die Zahl der Haushalte um 1,25 Millionen und das Einkommen um 3,9 Mrd. DM zurückging, in den darüber liegenden Einkommensklassen dagegen um 1,5 Mill. Haushalte mit 17 Mrd. DM Einkommen anstieg.

Ein Blick auf die Einkommenstruktur der Rentner im Jahre 1955 läßt keinen Zweifel daran, daß eine große Zahl von Haushalten — darunter auch viele Einzelpersonen — nur unzureichende Einkommen hatten, die in einzelnen Fällen nicht einmal die Fürsorgeerlöse erreichten. Es überrascht daher nicht, daß die Spannweite der Rentnereinkommen bei diesem niedrigen Niveau nur sehr gering war, wobei lediglich die Haushalte mit Pensionären oder mehreren Verdienern zu einer — wenn auch nur schwachen — Besetzung der mittleren und höheren Einkommensklassen beigetragen haben. Nahezu drei Fünftel aller Rentner-Haushalte blieben 1955 mit ihrem Einkommen unter 300 DM, zwei Fünftel erreichten nicht einmal ein monatliches Einkommen von 200 DM. Die weitere Besetzung aufwärts der Einkommenskala nahm nach oben äußerst schnell ab, so daß nur ein Zehntel der Rentner-Haushalte ein 700 DM übersteigendes Einkommen für sich beanspruchen konnte.

Die Rentenreform von 1957 hat jedoch relativ starke Erhöhungen der Sozialversicherungsrenten gebracht; diese nahmen im Durchschnitt um mehr als die Hälfte zu und stiegen nicht selten sogar auf das Doppelte der 1955 gezahlten Beträge. Das Einkommensniveau und auch die Einkommensverteilung der Rentner-Haushalte wurde — bei einer durchschnittlichen Einkommensteigerung je Rentner-Haushalt um mehr als 44 vH — erheblich korrigiert.

Die Veränderung des Schichtungsbildes zeigt, daß 1959 Rentner-Haushaltseinkommen von 100 D-Mark kaum noch anzutreffen waren, der Schwerpunkt sich auf Einkommen zwischen 200 und 300 DM verlagerte, in den am dichtesten besetzten Klassen zwischen 100 bis 400 DM 1959 fast die Hälfte der Rentner-Haushalte erfaßt wurde und ein knappes Drittel der Rentner-Haushalte Einkommen zwischen 500 und 1000 DM aufwies.

Der mitteldeutsche Staatshaushalt 1961 und 1962

Die öffentliche Finanzwirtschaft Mitteldeutschlands ist, wie Vergleiche der Staatshaushaltspläne für 1960 und 1961 mit den jeweiligen Ergebnissen der Wirtschaftsjahre zeigen, durch die Störungen im wirtschaftlichen Wachstum der letzten Jahre merklich in Mitleidenschaft gezogen worden. Auch für das Jahr 1962 kann die Einschränkung von Zahlenangaben im Staatshaushaltsplan selbst und die im Vergleich zu den Vorjahren nochmals verkürzte Berichterstattung nicht darüber hinwegtäuschen, daß immer noch erhebliche finanzielle Schwierigkeiten vorliegen.

Die Gesamtsummen der Einnahmen (ohne interne Überträge und Kassenvorträge) sind zwar 1960 um 1,5 Mrd. DM-Ost und 1961 um 3,0 Mrd. DM-Ost höher gewesen als in den jeweiligen Vorjahren, die Einnahmen haben jedoch um 1,7 bzw. 1,0 Mrd. DM-Ost unter den Voranschlägen gelegen. Insbesondere sind die Abführungen der volkseigenen Wirtschaft hinter der vorgesehenen Höhe zurückgeblieben, da das Wirtschaftswachstum die Planansätze nicht erreichte. Im Jahre 1962 soll die Gesamt-Einnahmensumme weiterhin um über 4 Mrd. DM-Ost steigen, von denen nur noch ein knappes Drittel auf die Abführungen der volkseigenen Wirtschaft entfallen soll, so daß deren Anteil an den Gesamteinnahmen von 65 vH im Jahre 1959 auf 59 vH zurückgehen wird.

Bei den Abführungen der volkseigenen Wirtschaft muß zunächst berücksichtigt werden, daß etwa drei Viertel der Bruttosummen aus der Pro-

duktions- und Dienstleistungsabgabe stammen, die der Form nach eine Verbrauchssteuer darstellt und nicht aus dem Betriebsertrage bezahlt wird. Im übrigen fließt ein Teil dieser Abgaben der volkseigenen Wirtschaft in Form der Verlustausgleiche und Umlaufmittelerhöhungen wieder zu. Die Summe der um diese Zuwendungen gekürzten Abgaben, in der mitteldeutschen Terminologie Haushaltsakkumulation genannt, ist von 1960 auf 1961 nur mehr geringfügig gestiegen. Da das Aufkommen aus der Produktions- und Dienstleistungsabgabe wegen der Produktionszunahme aber gewachsen sein muß, dürfte die eigentliche Gewinnabführung fühlbar zurückgegangen sein. Auch für 1962 scheint die Gewinnerwartung trotz Erhöhung der Nettoabführung um 1 Mrd. DM-Ost unter diesen Aspekten nicht groß zu sein.

Überraschend stark ist dagegen der Anstieg bestimmter Einnahmenpositionen gewesen, über die weder in den Plänen noch in der sonstigen Berichterstattung nähere Angaben gemacht werden. Diese nicht näher bezeichneten Einnahmen sind von 1960 auf 1961 um über 2,5 Mrd. DM-Ost gestiegen und werden im Plan für 1962 um noch einmal 2,0 Mrd. DM-Ost höher angesetzt.

In dieser Einnahmengruppe sind u. a. Einnahmen aus einer Anzahl von Haushaltsorganisationen enthalten, die brutto mit Einnahmen und Ausgaben in den Staatshaushalt übernommen werden. Gewisse Einnahmenerhöhungen in diesen Positionen scheinen durchaus möglich zu sein, ins-

Der mitteldeutsche Staatshaushalt in den Jahren 1959 bis 1962
in Mrd. DM-Ost

	1959		1960		1961		1962 Soll
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	
E i n n a h m e n							
Abführungen der VE-Wirtschaft (Produktions- u. Dienstleistungsabgaben, Gewinne u. Umlaufmittelabführung)	27,79	26,70	30,63	28,30	30,18	28,75	30,56
Steuern ohne die der VE-Wirtschaft	5,50	5,50	5,75	5,70	5,75	5,70	5,80
Sozialversicherungsbeiträge	6,24	6,50	6,73	6,79	6,95	6,95	6,93
Nicht bezeichnete Einnahmen	3,54	4,57	3,48	4,07	5,88	6,40	8,44
Überträge vom Gesamthaushalt auf Bezirke	1,59	2,42	2,98	3,08	1,31	1,80	2,78
Kassenvorträge ¹⁾	1,23	1,23	1,24	1,24	1,28	1,28	1,31
Gesamtsumme	45,89	46,92	50,81	49,18	51,35	50,88	55,82
A u s g a b e n							
Zuführungen an die VE-Wirtschaft (einschl. VE-Güter u. MTS) für Stützungen u. Umlaufmittel	3,51	4,07	3,50	3,89	3,50	4,21	4,99
Zuschüsse für Netto-Investitionen der VE-Wirtschaft (einschl. VE-Güter)	6,37	6,60	7,40	6,90	7,08	6,37	6,81
Brutto-Investitionen öffentl. Einrichtungen	.	.	1,89	1,80	1,55	1,50	1,80
Zuschüsse für LPG usw.	.	.	0,61	5,00	1,12	5,40	0,82
Preisstützung Landwirtschaft	3,58	.	4,50	4,72	4,72	4,98	4,98
Forschung	.	0,98	1,25	1,21	1,39	1,09	1,21
Volksbildung, Berufsausbildung, Sport	.	2,98	3,25	3,17	3,28	4,90	3,37
Wissenschaft, Kultur (ohne Forschung)	.	1,48	1,67	1,69	1,84	1,91	1,91
Gesundheits- u. Sozialwesen	.	4,36	4,54	4,60	4,81	4,95	4,83
Kommunalwirtschaftliche Dienstleistungsbetriebe	.	.	0,50	0,51	0,53	0,54	0,57
Straßen- u. Brückenbau	.	0,50	0,54	0,52	0,57	0,56	0,60
Zuschüsse für Wohnungsbau u. Folgeinvestitionen	.	.	4) 0,60	5) 0,60	0,75	4) 0,70	0,76
Allgemeine Verwaltung	2,70	2,70	2,70	2,70	2,70	2,70	2,70
Verteidigung	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	2,76
Sozialversicherung (einschl. Zuschuß an DVA)	7,63	7,80	8,35	8,45	8,89	8,95	9,21
Nicht bezeichnete Ausgaben	.	.	4,28	2,78	5,02	4,90	4,38
Überträge vom Gesamthaushalt auf Bezirke	1,59	2,42	2,98	3,08	1,31	1,80	2,78
Kassenüberschüsse ¹⁾	1,24	1,24	1,25	1,28	1,29	1,31	1,34
Gesamtsumme	45,89	46,92	50,81	49,18	51,35	50,88	55,82

¹⁾ Ohne Rücklagenfonds und Haushaltsreserven untergeordneter Organe im Gesamtumfang von 0,4 bis 0,5 Mrd. DM-Ost. — ²⁾ Geschätzt auf Grund des Saldos von Abführungen und Zuführungen. — ³⁾ Nach offiziellen Angaben, restliche Zahlen geschätzt. — ⁴⁾ Geschätzt. — ⁵⁾ Möglicherweise zum Teil durch Kreditaufnahme finanziert. — ⁶⁾ Möglicherweise höher.

besondere auch für 1962, nachdem anlässlich der Begründung des Staatshaushaltsplanes eindringlich darauf hingewiesen wurde, daß die Entgelte für öffentliche Dienstleistungen usw. bei weitem die Kosten nicht mehr decken und daß „die Preise überprüft und an die inzwischen erhöhten Leistungen herangebracht“ werden müssen. Ferner gehören hierher auch Einnahmen aus Zöllen, die zwar bisher keinen größeren Umfang hatten, künftig aber an Bedeutung gewinnen könnten.

Der wesentliche Teil der Erhöhungen nicht genannter Einnahmenpositionen aber hängt mit der Entwicklung des Außenhandels zusammen. Aus den Importüberschüssen der Jahre 1960 und 1961 von schätzungsweise 1,6 Mrd. (alten) Rubel müssen z. B. bei der Außenhandelsorganisation DM-Gegenwertkonten entstanden sein, die auf Grund der Kreditvereinbarung mit der Sowjetunion im Frühjahr 1961 für mehrere Jahre frei verfügbar wurden. Nach den allgemeinen finanzwirtschaftlichen Regeln sind zeitweise freie Mittel aber als überschüssige Umlaufmittel an den Staatshaushalt abzuführen und sind offenbar außerhalb der ausgewiesenen Abführungen der volkseigenen Wirtschaft auch abgeführt worden. Der Staatshaushalt hat sich also 1961 tatsächlich, wenn auch nicht der Form nach, in beträchtlicher Höhe verschuldet und wird sich im Jahre 1962 weiterhin verschulden.

Neben dieser indirekt gegenüber der Sowjetunion laufenden Verschuldung¹⁾ sind möglicherweise auch andere Ausgabenpositionen, insbesondere Investitionen der öffentlichen Einrichtungen und Verwaltung, im Wege der Kreditaufnahme finanziert worden und sollen weiterhin so finanziert werden. Jedenfalls deutet die Tatsache, daß im Staatshaushaltsplan für 1962 erstmals die Höhe des sogenannten langfristigen Kreditplanes nicht mehr genannt wird, in diese Richtung. Angesichts der Höhe der Ausgaben für Investitionen ist der Einsatz von Kreditmitteln an sich natürlich unbedenklich, widerspricht aber dem sowohl in der Verfassung als auch im Haushaltsgesetz festgelegten Grundsatz, daß der Staatshaushalt in Einnahmen und Ausgaben stets ausgeglichen sein muß.

Die Gesamtsummen der Ausgaben (ohne interne Überträge und Kassenvorträge) sind 1960 und 1961 in etwa gleichem Ausmaße wie die Einnahmen hinter den Planansätzen zurückgeblieben. Wie die Zusammenstellung der Ausgaben auf Grund der verfügbaren Hinweise zeigt, sind die Zuführungen an die volkseigene Wirtschaft für Verlustausgleiche usw. jeweils beträchtlich über die Planansätze hinausgegangen. Die Zuschüsse für Netto-Investitionen der volkseigenen Wirtschaft sind dagegen in beiden Jahren um über $\frac{1}{2}$ Mrd. DM-Ost²⁾ gekürzt worden und im Jahre 1961 sind auch die Zuschüsse für Stützung der Landwirtschaft, die Aufwendungen für Forschungszwecke und die Ausgaben in anderen Be-

reichen zum Teil erheblich hinter den Planansätzen zurückgeblieben.

Bei den Ausgaben zeigen vor allem die Aufwendungen für nicht genannte Zwecke sehr beträchtliche Schwankungen. Sie lagen z. B. im Jahre 1960 um rund 1,5 Mrd. DM-Ost unter den Planzahlen. Wahrscheinlich hängt dies damit zusammen, daß die Untererfüllung der Exportpläne und die damit verbundenen größeren Importüberschüsse den vorgesehenen Aufwand für Preisausgleichszahlungen erheblich vermindert haben; außerdem haben höhere Preisforderungen gegenüber inländischen Importeuren — „ökonomischer Hebel“ zur Senkung der Anforderungen von Rohstoffimporten — eine Rolle gespielt.

Daß dagegen die Gesamtposition der nicht genannten Ausgaben im Jahre 1961 um etwa 2,0 Mrd. DM-Ost über der Vorjahrssumme gelegen hat, muß darauf zurückgeführt werden, daß schon im Laufe des Jahres 1961 die Ausgaben für Rüstungszwecke stark erhöht worden sind, obgleich offiziell erst für den Plan 1962 eine Erhöhung um rund 1,8 Mrd. DM-Ost über die für den Plan 1961 noch genannte Summe von 1 Mrd. DM-Ost angegeben wird.

Bei der Begründung des Staatshaushaltsplanes, wie auch bei der Begründung des allgemeinen Volkswirtschaftsplanes für 1962, wurde im übrigen herausgestellt, daß der für den privaten Verbrauch bestimmte Teil des Volkseinkommens für einige Zeit langsamer wachsen solle als bisher, um eine schnellere Entwicklung der Wirtschaft und vor allem die Durchführung der hierfür notwendigen Investitionen zu sichern. Angesichts der Einkommenseffekte der ab 1962 wiederum vorgesehenen Steigerung der Investitionen und der im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen wesentlich geringeren Erhöhung der Verbrauchsgüterbereitstellung müssen noch in diesem Jahre neben den Einkommensentwicklung dämpfenden Maßnahmen des „Produktionsaufgebots“ auch Steigerungen der Preise von Verbrauchsgütern erwartet werden³⁾, die über die für den Sektor der öffentlichen Dienstleistungen bereits angekündigten Preiserhöhungen wesentlich hinausgehen.

Mit dem Übergang zu einer Politik offener Preiserhöhungen aber werden wesentliche Grundsätze der bisherigen Wirtschaftspolitik fallen gelassen, deren Verfechter offenbar bei Aufstellung des Siebenjahrplanes die Möglichkeiten, die Investitionsquote im Interesse schnellen Wirtschaftswachstums allein administrativ zu manipulieren, stark überschätzt hatten.

¹⁾ Auf Grund der Kreditfestsetzung von 2 Mrd. DM-Ost Anfang 1961 und 1,3 Mrd. DM-Ost Anfang 1962.

²⁾ Die Brutto-Investitionen der gesamten Volkswirtschaft, zu deren Finanzierung auch Amortisationsmittel und Kredite zur Verfügung standen, sind allerdings im Zeitraum von 1959 bis 1961 um rund 1,6 Mrd. DM-Ost gestiegen.

³⁾ Eine Milliarde durch Preiserhöhung erzielter Mehrertrag der Produktions- und Dienstleistungsabgabe macht etwa 2 vH des gegenwärtigen Einzelhandelsumsatzes aus.